Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 47 (1967-1968)
Heft: 9

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

GROSSBRITANNIEN VOR DER STUNDE DER WAHRHEIT

Der November 1967 wird für Großbritannien als «schwarzer Monat» in die Annalen seiner Geschichte eingehen. In den späten Abendstunden des 18. November mußte das Kabinett Wilson bekanntgeben, daß es sich zu einer *Abwertung des Pfund Sterling* entschlossen habe. Und auf Ende des Monates ziehen die britischen Truppen endgültig aus *Aden* ab und räumen damit eine weitere Position, die Großbritannien ein entscheidendes Mitspracherecht in den Problemen des Nahen Ostens und bei der Verteidigung des Indischen Ozeans gab. Beide Ereignisse, obwohl zwischen ihnen kein unmittelbarer, sondern nur ein indirekter Zusammenhang besteht, sind ein bezeichnendes Symptom für die Schwierigkeiten, mit denen Großbritannien heute zu kämpfen hat.

Gewandelte Welt

Pfundabwertung und Rückzug aus Aden machen es der britischen Öffentlichkeit klar, daß Großbritannien sich heute einer gewandelten Welt gegenübersieht. Das ist eine simple Wahrheit, aber in den beiden seit dem Krieg verflossenen Jahrzehnten kam man nicht um den Eindruck herum, daß diese Tatsache von weiten Kreisen in England geflissentlich übersehen wird. Von den britischen Inseln aus wurde einst ein Weltreich beherrscht, das den ganzen Erdball umspannte und das seine Schätze mehr oder minder freiwillig dem Mutterland zur Verfügung stellte. Großbritannien hat es zwar verstanden, aus diesem Empire die Idee des *britischen Commonwealth* in unsere Tage hinüberzuretten. Aber diese Gemeinschaft beruht auf anderen Voraussetzungen als das frühere Weltreich und verlangte vor allem von England selbst eine *Umwandlung seiner inneren Struktur*, eine Modernisierung und Rationalisierung seiner Wirtschaft, eine Intensivierung seines Arbeitstempos, kurz — eine grundlegende Änderung seiner Gewohnheiten und seines Lebensstiles, wenn es in der gegenwärtigen Welt seine Stellung als Industrienation behaupten wollte.

Großbritannien hat nach dem Kriege versäumt, diesen Schritt zu machen. Es unternahm zunächst, unter der Regierung Premierminister Attlees, das fragwürdige Experiment eines von sozialistischem Gedankengut geprägten *Wohlfahrtsstaates*. Als später die Konservativen wieder an die Macht kamen, haben sie die ärgsten Auswüchse der Verstaatlichungswelle zu beseitigen gesucht. Aber sie vermochten ebensowenig wie vor ihnen Labour — von ganz wenigen Industriezweigen abgesehen — der Wirtschaft neue Impulse zu geben. Die langjährige konservative Herrschaft mündete schließlich in eine Ära des selbstgefälligen *laisser aller*, in der mit kurzfristigen Palliativmitteln das Land über Wasser gehalten wurde.

Als im Oktober 1964 der britische Wähler — durch ein Zufallsmehr — Labour wieder nach Whitehall brachte, sah sich die sozialistische Regierung vor einem schwierigen Erbe. Wilson hat schon in den ersten Monaten seiner Regierung drastische wirtschaftliche Eingriffe unternommen. Er benützte eine momentan günstige Situation an der Wende 1964/65, um *Neuwahlen* auszuschreiben, die ihm am 31. März 1966 eine *komfortable parlamentarische Mehrheit* brachten. Schon im Sommer darauf hat der Premier ein neues Sparprogramm verkündet, das, ohne Rücksich auf eine sinkende Popularitätskurve, einschneidende Maßnahmen wie Lohnstopp, Steuererhöhungen und Devisenbeschränkungen vorsah. Schon damals bedeutete diese neue Austerity eine harte Belastungsprobe für Labour; George Brown wechselte aus dem Wirtschafts-

ministerium ins Foreign Office über, da er nicht bereit war, den Wirtschaftskurs Wilsons vor Parlament und Öffentlichkeit zu vertreten.

Die Pfundabwertung

Fünfzehn Monate später zeigte es sich, daß die Restriktionsmaßnahmen vom Juli 1966 nicht ausgereicht haben, um die gewünschten Effekte zu erzielen und allen internationalen Belastungen gegenüber gewappnet zu sein. Wilson sah sich gezwungen, zum letzten Mittel zu greifen, zur *Abwertung des Pfundes*, nachdem er während seiner Amtszeit bereits mehrere internationale Stützungsaktionen zugunsten der britischen Währung hatte verlangen müssen. Wilson verband die Abwertung gleichzeitig mit der Verkündung eines neuen eindrücklichen *Deflationsprogrammes*, das dem Pfund wieder auf die Beine helfen soll: Die Ausgaben der Regierung sollen erheblich eingeschränkt werden, so die Militärausgaben im kommenden Jahr um 100 Millionen Pfund, die Aufwendungen für die verstaatlichten Industrien um den gleichen Betrag; die Industrierabatte werden abgeschafft und die Steuern auf Gesellschaftsgewinnen erhöht. Gleichzeitig ist der Diskontsatz von 6½ auf 8 Prozent heraufgesetzt worden und hat damit eine seit 1914 nicht mehr gekannte Höhe erreicht. Schließlich hat die britische Regierung den *Internationalen Währungsfonds* um einen Kredit von 1,4 Milliarden Dollar ersucht. Mit seinen neuen Restriktionsmaßnahmen hat Wilson eindrücklich demonstriert, daß er die Abwertung — die sich mit 14,3 Prozent in mäßigen Grenzen hält, nicht als Alternative zu seinem deflationistischen Kurs betrachtet, sondern als *Ergänzung*. Wie Wilsons eigene Fraktion auf diese neueste Aufforderung des Parteileaders, den Gürtel enger zu schnallen, reagieren wird, bleibt abzuwarten. Wilson hat sich bisher stets als gewandter Taktiker erwiesen, der es noch immer fertig brachte, die auseinanderstrebenden Gruppen seiner Partei zusammenzuhalten und sie mit dem Appell an die Gemeinsamkeit der Ziele und die staatsbürgerliche Verantwortung hinter sich zu scharen.

Rückzug aus Aden

Der Abzug der britischen Truppen aus Aden und die Gewährung der vollen staatlichen Souveränität an die *Südarabische Föderation* ist an sich kein sensationelles Ereignis. Seit Jahren hat Großbritannien angekündigt, daß es die dortige Position räumen werde. Vor einigen Monaten ist als Stichtag der 9. Januar 1968 festgelegt worden; vor kurzem hat ihn Außenminister Brown auf den 30. November vorverlegt.

Der Verzicht Großbritanniens auf Weiterführung seiner Rolle als Schutzmacht am westlichen Eingang des Indischen Ozeans bedeutet eine völlige Umwälzung der strategischen Situation in diesem Gebiet. Das hat zunächst seine Auswirkungen auf die seit fünf Jahren andauernden Kämpfe in dem nördlich an Aden grenzenden *Jemen*. Die jemenitischen Revolutionäre, die seit 1962 vergeblich versuchen, ihre Herrschaft in ganz Jemen zu etablieren, erhoffen sich Rückendeckung von einem unabhängigen Südarabien. Sie haben diese Stärkung nötig, nachdem Nasser, als Folge des verlorenen Krieges gegen Israel, mit dem Abzug seiner Truppen aus Jemen begonnen hat. Innerhalb der Gruppe der jemenitischen Republikaner ist es seither zu immer stärkeren Spannungen gekommen. Die internen Rivalitäten entluden sich, als Präsident *Sallal* sich anfangs November nach Moskau begab, um dort an den Feiern zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution teilzunehmen. Nach bekanntem Vorbild wurde der landesabwesende Diktator gestürzt. Auf der Seite der royalistischen Jemeniten hat diese Palastrevolution die Hoffnung erweckt, daß sie bald wieder in der Hauptstadt Sanaa die Geschicke des Landes lenken würden und der ganze republikanische Spuk dann vorbei sein werde — eine Spekulation, deren Realitätsgehalt sich im Augenblick noch nicht ermessen läßt.

Zwischen Rotem Meer und Indischem Ozean

Wichtiger als diese Auswirkungen auf die innerarabischen Streitigkeiten sind die globalstrategischen Folgen des britischen Abzuges aus Aden. Die Bastion an der südwestlichen Spitze Arabiens beherrscht nicht nur einen Teil der arabischen Halbinsel, sondern vor allem den vom Indischen Ozean zum Roten Meer führenden *Bab-el-Mandeb*. Sollte diese Meeresstraße mit der Insel *Perim* unter arabische Kontrolle geraten, so würde dies unter Umständen eine neue, gegen Israel gerichtete Blockade des Rotmeerhafens *Eilat* bedeuten. Im Frühling dieses Jahres hat Israel mit aller Deutlichkeit demonstriert, daß es die Gefährdung seiner Zufuhren durch das Rote Meer als *casus belli* betrachtet. Wie würde Israel auf eine neue Blockade reagieren?

Aden bildete bisher aber auch zusammen mit Singapore die strategische Sicherung der Position des Westens im Indischen Ozean und damit auch einen indirekten *Schutz Indiens* gegenüber einer jederzeit möglichen Wiederaufnahme der Aggression durch seinen nördlichen Nachbarn *China*. Nun ist der westliche Pfeiler dieser Schutzstellung herausgebrochen; Singapore wird, wenn es nach den gegenwärtig in London herrschenden Vorstellungen geht, in sechs oder sieben Jahren ebenfalls geräumt werden. Um eine völlige Entblößung des Indischen Ozeans zu verhindern, ist bereits jetzt eine neue, auf kleinen Inselsplittern ungefähr von der Nordspitze Madagaskars bis nach Sumatra verlaufende Kette von Stützpunkten vorgesehen, die gewissermaßen als Auffangstellung für die in Räumung begriffene Linie Aden-Singapore zu betrachten ist. Großbritannien hat jedoch keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß es auf die Dauer nicht in der Lage sein wird, diese Positionen allein zu halten, sondern dabei auf die Hilfe der *Vereinigten Staaten* angewiesen ist.

Die Liquidation der britischen Positionen «East of Suez» wird zweifellos Amerika neue Lasten überbürden, dessen Potential in Vietnam, wie die letzten Wochen erneut gezeigt haben, immer noch aufs äußerste strapaziert wird. Die Schwäche Großbritanniens, das seinen weltweiten Verpflichtungen nicht mehr allein genügen kann, bedroht damit die ganze westliche Postition in den Gebieten zwischen dem Roten Meer und dem Fernen Osten. Wilsons Anstrengungen zur Gesundung der Wirtschaft sind deshalb nicht nur ein britisches oder europäisches, sondern ein weltweites Problem. Großbritannien wird mit der Realität der neuen Kräfteverhältnisse in der Welt konfrontiert, und nur durch eigene Anstrengung kann es ihm gelingen, einen Platz zu behaupten, der seiner Vergangenheit und seiner Tradition würdig ist.

Fabius

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Unterirdisches Beben

In der bereits vor dem eidgenössischen Wahltag abgeschlossenen innenpolitischen Rundschau für die Novembernummer dieser Zeitschrift wurde registriert, daß der Wahlkampf trotz einer politisch spannungsgeladenen Ausgangslage recht lau verlaufe, daß sich aber aus dieser Tatsache wenig Schlüsse ziehen ließen, weil offenbar die Zeit der Wahlkämpfe «klassischen Stils» vorüber sei und der Bürger sich seine Meinung immer mehr aus einer Position des eher distanzierten Zuschauers heraus zu bilden suche. Der Chronist konnte dabei nicht ahnen, in welch krassem Ausmaß er recht behalten werde. Vor allem aber ist er hinterher froh, daß er seine private «Prognose» nicht schriftlich fixierte: Sie hätte dahin gelautet, daß der starke Trend zum Landesring, wie er in verschiedenen kantonalen Wahlen des Frühjahrs

zum Ausdruck gekommen war, eher abflachende Tendenz aufweise.

Die Auszählung der Stimmen widerlegte diese zuvor wahrscheinlich recht weit verbreitete Vermutung auf geradezu sensationelle Weise. In den Wahlkommentaren war allenthalben von einem Erdrutsch die Rede. Und in der Tat muß man sagen, daß eine Mandatsvermehrung um 60 Prozent, wie sie dem Landesring der Unabhängigen gelang, für schweizerische Verhältnisse ganz außerordentlich ist. Dabei bleibt zu bedenken, daß die Regierungsparteien, die ausnahmslos Haare lassen mußten, manchenorts nur dank dem vielzitierten Proporzglück um weitere Verluste herumkamen. Auch der Tatbestand, daß der Landesring in seinen zürcherischen «Stammlanden» eine Stimmenzunahme von 76 Prozent verzeichnen konnte, spricht Bände.

Wenn demgegenüber festgehalten wird, daß der Besitzstand der Regierungsparteien letzten Endes doch nur von 85 auf 80,8 Prozent zurückgegangen sei, so ist das ein schwacher Trost. Er sollte die «Großen» nicht dazu verleiten, einfach zur Tagesordnung überzugehen. Das «Malaise» ist eine Realität. Und wenn die Parole «Mehr Opposition» in Bern nicht noch mehr verfangen hat, so nicht zuletzt deshalb, weil die traditionellen Parteien im Vorfeld der Wahlen fast durchweg den entschiedenen Willen bekundeten, für Reformen unseres politischen Lebens Hand zu bieten. Darauf wird sie der Wähler behaften.

Mehr als ein Betriebsunfall: ein Symptom!

Was den veränderten Wahlkampfstil betrifft, so wird die These vom Bürger als Zuschauer dadurch unterstrichen, daß die Stimmbeteiligung trotz mangelnder Resonanz der Kampagne gegenüber 1963 nur ganz unwesentlich zurückgegangen ist, nämlich von 66,1 auf 65,7 Prozent. Das beweist, daß die fehlende sichtbare Anteilnahme nicht zum vorneherein schwindendes Interesse überhaupt zu bedeuten braucht. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß in einzelnen Kantonen die Stimmbeteiligung sogar zugenommen hat. Das betrifft — eine freudige Überraschung! — vor allem die welschen Stände.

Die Kommentatoren jenseits der Sarine erklären diese Erscheinung in erster Linie durch die große Aktivität von Radio und Fernsehen im Vorfeld der Wahlen. Anscheinend ist es auf diese Weise gelungen, zahlreiche politische «Abstinenzler» wieder zu aktivieren. Die Frage bleibt allerdings offen, wie weit die neuen Formen der Aufklärung und Werbung noch von wirklicher politischer Substanz sind. Umfragen über den Stand des exakten politischen Wissens ergeben nämlich ein in wachsendem Maße erschreckendes Bild, was die Leute offensichtlich nicht hindert, trotzdem zur Urne zu gehen. Die Folge davon ist, daß immer häufiger rein stimmungsbedingte Entscheidungen zustandekommen, daß also beim gegenwärtigen Stand der Dinge das Resultat immer mehr davon abhängt, welche Parolen in der entscheidenden Phase am besten präsentiert werden und damit am nachhaltigsten ins Bewußtsein dringen.

Auch für diesen Sachverhalt hat der eidgenössische Wahlherbst eine Illustration geboten, die an spektakulärer Eindrücklichkeit nichts zu wünschen übrigläßt: die Wegwahl des bisherigen Zürcher Ständerates Rudolf Meier. Es war im wahrsten Sinn des Wortes so: Kein Mensch dachte daran, daß dieser hochverdiente und in allen Lagern anerkannte Politiker von staatsmännischem Format auch nur in die Schußlinie geraten könnte, als sich ein Freisinniger und ein Landesring-Vertreter anschickten, den Kampf um den zweiten Zürcher Sitz aufzunehmen. Regierungsrat Meier wurde sogar als Wahllokomotive für die zweite bürgerliche Kandidatur benützt. Alle seine Freunde nahmen als selbstverständlich an, daß er, der aus vielen Wahlen als unbestrittener erster Sieger hervorgegangen war, keiner Spezialpropaganda bedürfe und daß hier auch keinerlei Konzessionen an den «New

Look» der politischen Werbung nötig seien. Er wurde nicht «verkauft», wie das heute sonst üblich geworden ist. Man glaubte, sein politischer Leistungsausweis spreche genügend für sich selbst.

Und dann passierte es doch. Rudolf Meier wurde irgendwie «vergessen». In den letzten Tagen des Wahlkampfes las man fast nur noch die Namen Honegger und Heimann. Meier war optisch zur Randfigur geworden. Und so geschah schließlich, was im Grunde wohl niemand gewollt und jedenfalls kaum jemand geahnt hatte: Ständerat Meier blieb auf der Strecke. — Die Schlußfolgerung scheint zu lauten, daß es zumindest in städtischen und halbstädtischen Verhältnissen nicht mehr ohne propagandistischen Großeinsatz geht. Die werbetechnische Dampfwalze scheint endgültig zum ausschlaggebenden Instrument für die Auslese unserer politischen Führung geworden zu sein — ein Tatbestand, den genau zu überdenken wir allesamt allen Grund haben!

Schwer befrachtet

Das neue Parlament steht vor einer schwerbefrachteten Legislaturperiode — schwer befrachtet nicht nur in bezug auf den Umfang seines Pensums, sondern vor allem auch hinsichtlich der Tragweite der staatspolitisch hervorstechendsten Geschäfte. Bei den Sachfragen wird sich die Aufmerksamkeit möglichst rasch und möglichst ungeteilt auf die Ordnung der Bundesfinanzen richten müssen. Die bisherigen Schnellkuren schlugen nicht so recht an, ganz abgesehen davon, daß sich die (allzuvielen) Ärzte noch nicht über eine zuverlässige Diagnose, geschweige denn über eine allgemein anerkannte Therapie zu verständigen vermochten. Weiterhin im Vordergrund bleiben wird auch die Wirtschaftspolitik, mit der Bekämpfung der Inflation und der Erhaltung des inneren Gleichgewichts unserer Wirtschaft als den vordringlichsten Anliegen.

In den Augen der Öffentlichkeit dürften diese Sachprobleme allerdings deutlich von jener Frage überschattet werden, die in letzter Zeit besonders stark diskutiert worden ist und die wohl auch einen wesentlichen Kernbereich des «helvetischen Malaise» ausmacht: die Frage einer durchschlagskräftigeren Gestaltung unserer politischen Führung. Einerseits dürfte es zu einer Reorganisation der Arbeitsweise des Bundesrates kommen; anderseits wird das Problem einer minimalen «Koalitionstreue» der Regierungsparteien endlich konsequent durchexerziert werden müssen. Der Nationalrat hat mit der Aussprache über eine allfällige «Richtlinienpolitik» bereits begonnen; der Ständerat wird nächstens ebenfalls Gelegenheit zu einer Vorentscheidung haben, wenn er darüber befinden muß, ob ein entsprechender Vorstoß erheblich erklärt werden solle.

Neuer Sprung nach oben

Das eidgenössische Budget für das Jahr 1968 ist ein erster konkreter Hinweis auf die oben angedeuteten Finanzsorgen, mit denen sich Parlament, Regierung und Öffentlichkeit in nächster Zeit werden herumschlagen müssen. 1967 war es gelungen, dank großer Sparbemühungen auf breitester Basis der Ausgabensteigerung Einhalt zu gebieten, nachdem sich die Bundesausgaben zwischen 1960 und 1966 mehr als verdoppelt hatten: Sie waren in diesem Zeitraum von 2,6 auf 5,9 Milliarden gestiegen. Nun soll es erneut nach oben gehen. Die Differenz zum letztjährigen Voranschlag macht brutto nicht weniger als 677 Millionen Franken aus. Die Steigerung beträgt also rund 12 Prozent. Bringt man die ebenfalls höher werdenden Kantonsanteile an den Bundessteuern, die naturgemäß als Ausgaben zu Buche stehen, in Abzug, so bleibt gegenüber 1967 noch immer eine Differenz von 530 Millionen Mehrausgaben.

Bei genauerer Durchsicht stellt man fest, daß ein wesentlicher Teil davon ausgerechnet auf jenen Sektor entfällt, dem in letzter Zeit besonders ausgedehnte Sparanstrengungen gegolten hatten: auf den

Bereich der Subventionen. Die Beiträge für die Landwirtschaft sollen um 116 auf 416 Millionen oder um 29 Prozent ansteigen. Die Zuschüsse für die Kranken- und Unfallversicherung, für den Zivilschutz sowie für Wissenschaft und Bildung vermehren sich je um 32 bis 33 Millionen. Insgesamt machen die Subventionserhöhungen mehr als 200 Millionen aus — ein geradezu niederschmetterndes Resultat, wenn man es dem mageren Ergebnis des eben abgeschlossenen Großkampfes um die Subventionsabstriche gegenüberstellt!

Internationale Vernehmlassung

Am 17. November hat das Politische Departement den Botschaftern der USA und der Sowjetunion ein Aide-mémoire zur Frage des Atomsperrvertrags übergeben. Es handelt sich dabei nicht um die endgültige Stellungnahme, sondern um eine vorläufige Vernehmlassung, die offenbar auf Anregung einer der Großmächte erfolgt ist und die vor allem den Zweck hat, über die schweizerischen Hoffnungen, Wünsche und Bedenken Aufschluß zu geben.

Es verdient festgehalten zu werden, daß das Dokument den Eindruck sorgfältiger Ausgewogenheit erweckt, was man bisher nicht von allen Äußerungen der «Ära Spühler» sagen konnte. Inhaltlich ist es von einem wohltuenden Realismus gekennzeichnet: Der Zweck des Vertrags wird entschieden begrüßt, die Methode dagegen wird mit einigen berechtigten Fragezeichen versehen. Nicht gelöst erscheint das Kontrollproblem. Bedeutungsvoll ist auch das Anliegen der «nichtnuklearen» Staaten, von den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Atommächte vermehrt zu profitieren und bei der friedlichen Nutzung nicht diskriminiert zu werden. Schließlich müßte nach schweizerischer Ansicht auch über die Dauer des Vertrags noch weiter diskutiert werden.

Wie weit die Vernehmlassung des Bundesrates Aussicht hat, als Beitrag von Gewicht gewürdigt zu werden, ist schwer abzuschätzen. Man wird aber kaum fehl gehen in der Annahme, daß ihre Wirkung nicht übermäßig groß sein dürfte. Dazu sind die beiden Supermächte zu sehr in ein Spiel verstrickt, das beiden Partnern im Grunde wenig Raum läßt und das sie daher auch Dritten gegenüber in dieser Frage fast manövrierunfähig macht. Der Hinweis des Bundesrates, wonach der Vertrag universell gültig sein müßte, um den Zweck der Friedenssicherung einigermaßen erfüllen zu können, deutet im übrigen noch auf eine weitere Problematik des ganzen Unternehmens hin: Weder China noch Frankreich denken vorläufig daran, dem Abkommen beizutreten.

Ölalarm

Am 5. November stand das Wallis im Rampenlicht der Öffentlichkeit: Aus einem Lager bei Sitten waren bedeutende Ölmengen ausgeflossen, die das Grundwasser zu verseuchen drohten. Ähnliches ist in unserem Lande in kleinerem Umfange schon öfters passiert. Noch nie aber hat so viel auf dem Spiel gestanden. Angst und Entsetzen breiteten sich aus, als man sich der Tragweite der Gefahr nicht nur für die Wasserversorgung, sondern auch für die Kulturen im weiteren Umkreis schlagartig bewußt wurde.

Es scheint, daß die Katastrophe durch den Großeinsatz aller technischen Möglichkeiten auf ein Minimum begrenzt werden konnte. Der Vorfall ist aber eine eindringliche Mahnung, in diesem Bereich nichts weiter zu versäumen. Es steht allzuviel auf dem Spiel.

Spectator

Der Schleier lüftet sich über dem gaullistischen Geheimnis

In seinem vor kurzem im Verlag Plon erschienenen Buch «Tragédie du Général» läßt *J. R. Tournoux* die französische Geschichte der letzten 20 Jahre Revue passieren und unterzieht sie einer durchdringenden, stets auf die brennendsten historischen Ereignisse sich abstützenden Analyse. Wenn General de Gaulle während der ganzen 700, von Anfang bis Ende sehr lebendig geschriebenen Seiten der Held des Werkes bleibt, so sind die Franzosen darin in der Art des antiken Chors gegenwärtig. J. R. Tournoux, einer der besten politischen Schriftsteller unserer Tage, enthüllt uns hier tatsächlich 20 Jahre Zeitgeschichte. Von den schwierigen Anfängen des RPF (Rassemblement Populaire Français) bis zur jüngsten Kanadareise, deren stürmische Nachwirkungen noch kaum verklungen sind, schildert und beleuchtet J. R. Tournoux alle Ereignisse, die die Franzosen in den letzten zwei Jahrzehnten erlebt haben. Wir sind der Ansicht, daß dieses außergewöhnliche Dokument eine eingehendere Würdigung verdient, denn es hilft uns, die zuweilen vieldeutigen Absichten General de Gaulles zu verstehen, und bietet in vielen Punkten eine politische und psychologische Erklärung des französischen Staatsoberhauptes.

Dank der Fülle seiner der genauesten Kenntnis höchst komplexer politischer Tatsachen entspringenden Information bietet uns das Buch «Tragédie du Général» die Frucht der ungewöhnlichen Erfahrung eines außerordentlichen Staatsoberhauptes, dessen Geschick ohne Zweifel das erstaunlichste und widerspruchvollste unserer Zeitgeschichte ist. Wir wollen nicht verhehlen, daß der Pessimismus, mit dem der General das französische Volk beurteilt, im Laufe dieser Analyse mit schonungsloser Strenge zutage tritt: «Wenn die Franzosen nicht erkennen, wo ihr Interesse liegt, dann umso schlimmer für sie. Die Frage ist, ob die Franzosen Kälber oder Menschen sind.» Halten wir uns nicht über diesen irritierenden Ausfall auf, der ganz in der Art des Generals ist. Es ist bekannt, daß er gelegentlich seine Sprache bewußt forciert, um sich besser verständlich zu machen.

Warum nicht die Diktatur?

Er gibt zu, daß er mehr als einmal daran gedacht habe, eine Diktatur zu errichten, um jenen Mängeln zu steuern, die seiner Ansicht nach dem zur «Zersplitterung, zur Diskutiersucht (discutaillerie) und zur Ohnmacht neigenden» französischen Volk eigen sind, daß er aber schließlich den Gedanken aufgegeben habe. Als er selber an der Macht stand und zusehen mußte, wie dieselben Kräfte, welche Zerfall und Niederlage hervorgerufen hatten, in aller Ruhe wieder Platz griffen, da drängte sich ihm der Gedanke an ein Diktaturregime auf. Heute fragt er sich, ob es nicht falsch war, darauf zu verzichten, denn ein schwaches Staatswesen, so meint er, bedeute in zehn oder fünfzehn Jahren die Katastrophe und das Unheil. Und seine Frage mündet in die illusionslose Feststellung: «Vielleicht könnte ich heute noch eine Diktatur errichten; vielleicht wäre das für die Interessen Frankreichs besser. Doch ich werde es nicht tun.» Was dann?... Wir antworten: sich zurückziehen, wobei feststeht, daß er und nur er allein seine Stunde wählen wird. «Ja, ich muß mich würdig zurückziehen. Ich muß ein untadeliges Beispiel bleiben. Für die Geschichte muß das sein. Die Franzosen werden das Regime haben, das sie sich wünschen. Wenn sie wünschen, daß der Wirrwarr wieder anfängt, so hängt das von ihnen ab. Sie brauchen es nur zu sagen. Ich werde mich nicht einen Tag länger festklammern. Ich werde meinen Abgang wählen, aber ich werde abtreten.»

Niemand wird General de Gaulle das Verdienst streitig machen, in Frankreich die politische Stabilität begründet zu haben. Er hat länger regiert als Direk-

torium und Konsulat zusammen. Wird er aber den Franzosen auch jenes sichere Gleichgewicht hinterlassen, nach dem sie sich seit so langer Zeit sehnen? Nach der großen Revolution hat Frankreich nicht weniger als achtzehn Verfassungen erlebt, und auch das stabilisierende Kaiserreich hat zwei oder drei Umstürzen den Weg gebahnt, die alle mit Blutvergießen endeten.

Eine vieldeutige Politik

Man staunt zuweilen, daß der Mann des 18. Juli, der Held der Résistance, der unbeugsame Gegner von München, heute erklärt, er glaube nicht mehr an einen Krieg, noch, was Frankreich anbelangt, an eine ausländische Invasion unter welcher Form auch immer. An die Stelle der zahlreichen und vehementen Proteste, mit denen er sich vor nicht allzu langer Zeit, in den Jahren Stalins und des stalinistischen Regimes, gegen die russische Vorherrschaft in Europa wandte, ist heute der Appell zum «*Désengagement*», zur Neutralität getreten. Frankreich wird sich also nicht in die Geschäfte der Großen einlassen, denn ihre Zwistigkeiten im Osten und im Westen gehen es nichts mehr an. Löste gestern noch der russisch-amerikanische Antagonismus bei de Gaulle Schrecken aus, so herrscht heute in seinem Denken ein vernunftbetontes, vorsichtiges, vielleicht ernüchtertes «Wozu» vor. Um den russischen Riesen im Zaume zu halten, möchte Amerika gerne die übrigen Westmächte unter seinem Sternenbanner sammeln, doch da die Amerikaner gleichzeitig eine Verständigung mit den Russen anbahnen, besteht die Gefahr, daß schließlich Europa die Kosten des Geschäftes begleichen muß.

Im Bewußtsein dieses machiavellistischen Spieles weigert sich de Gaulle heute, Frankreich eine Rolle spielen zu lassen, die er als überholt und nutzlos betrachtet. Er hat es oft ausgesprochen: «Frankreichs politisches Amt ist vorwiegend geistiger Natur.» Seiner Ansicht nach liegt diese Aufgabe vor allem in Afrika, in Südamerika, in Asien. Wenn er in den letzten Jahren jenen fernen Kontinenten so zahlreiche Besuche abgestattet hat, so deshalb, weil er dort bezeugen wollte, daß Frankreich immer noch «das Symbol der Gleichheit der Rassen und der Freiheit der Völker» ist. Allerdings hat der General dabei einen Hintergedanken. Was bei ihm vorherrscht, das ist der hartnäckige Groll gegen Stalin und Roosevelt, die Verantwortlichen für die Konferenz von Jalta, die das Schicksal Europas entschieden hat: und das hat de Gaulle nie verziehen. Ein Grund mehr für ihn, die Rolle Frankreichs bei den unterentwickelten Völkern herauszustreichen und sowohl «die Washington-Süchtigen» wie «die servilen Gefolgsleute Moskaus» anzuprangern. Man begreift, so scheint uns, die Reaktionen, welche die amerikanische Politik zuweilen hervorruft, besser, wenn man sich den ungeheuren Druck vergegenwärtigt, den die Vereinigten Staaten infolge ihrer wirtschaftlichen Macht auf die ganze Welt ausüben, die unsichtbare und schleichende Kolonisierung, welche die Nutznießer wegen ihrer offensichtlichen Schwäche zu einer Art Hörigkeit verurteilt.

De Gaulle bestreitet nicht die Uneigennützigkeit der USA, ihre Großzügigkeit, das ausgeprägte Bewußtsein ihrer missionarischen Rolle, doch äußert sich seiner Ansicht nach diese Haltung in einem Machtwillen, den er als unerträglich bezeichnet, und in einer Allmacht, die, wie er meint, einer der Gründe für das gestörte Weltgleichgewicht ist.

Das Zerwürfnis de Gaulle-Pinay

Man kann sich unschwer vorstellen, daß solche Behauptungen keineswegs bei allen Ministern des Generals auf ungeteilte Zustimmung stoßen. Doch bisher hat einzig Antoine Pinay den Mut zu einem Protest aufgebracht, als er nämlich 1959 die Finanzen verwaltete: «Ich bin Finanzminister. Ich weiß nur, was ich in den Zeitungen lese. Ich weiß nicht mehr als der Mann auf der Straße. Wenn Sie mich in dieser Eigenschaft hören wollen, kann ich

Ihnen sagen, was ich denke. Wie sollen wir aber in Ermangelung von Informationen auf der politischen und militärischen Ebene unseren Standpunkt gültig vertreten?»

Mochte auch Pinay im Ministerrat seine Stimme erheben und festhalten, Regierungsentscheide müßten im Kabinett ausgearbeitet und gefällt werden, de Gaulle fuhr in aller Ruhe fort, seine Alibis vorzuschieben und ging über die Bemerkungen seines Ministers hinweg. Dadurch, daß er in seiner untadeligen Haltung verharrte, unterschrieb Pinay sein eigenes Urteil: «Ich allein, sagte de Gaulle, mache die Politik und bin dafür allein verantwortlich. Ich allein habe die Befugnis, zu entscheiden.»

Der Bruch zwischen den beiden Männern war unwiderruflich: Pinay hat kürzlich daran erinnert, daß er im Laufe der zwei Begegnungen, die er danach mit de Gaulle hatte, nie konsultiert wurde. Daß der Ministerrat — um es mit einem Ausdruck Bernard Cornut-Gentilles, selbst ein ehemaliger gaullistischer Minister, zu sagen — zu einer «Registrier-Versammlung» geworden ist, wen vermöchte das noch zu erstaunen? Man hat schon gesagt, die Sitzungen des Ministerrates glichen gegenwärtig einer Totenwache, mit einem einzigen Unterschied: der Tote spricht!

Eine neue Außenpolitik

Im Bereich der Außenpolitik zeigt sich de Gaulle nicht weniger ungeniert, ja zuweilen zynisch. Den Ausspruch, mit dem einmal die Politik Napoleons beurteilt wurde: «Der Abstieg des Kaisers begann in dem Augenblick, als er aufhörte, Verwirrung zu stiften», münzt er für seine Zwecke aus. Er hütet sich daher, seine Karten in einem Augenblick aufzudecken, wo er gegen die Strömung der Angelsachsen, der natürlichen Verbündeten Frankreichs, manövriert, und ergeht sich gleichzeitig in Avancen gegenüber Nasser, Boumedienne, Tito, Ho-Tschi-minh, ja selbst gegenüber Mao-Tse-tung, wie wenn er als der Protektor der unterentwickelten Völker erscheinen möchte. Was man außer acht läßt, ist, daß in seinen Augen Europa noch nicht fertig ist, da Ostdeutschland und die UdSSR praktisch nicht dazu gehören. Doch er sieht den Tag kommen, an dem alle Völker unseres Kontinents nur mehr ein einziges bilden werden und die Regierung des Vereinigten Europas eine Weltmacht dastellen wird... Vielleicht liegt in dieser Schau der Grund für das Interesse, das de Gaulle der deutschen Wiedervereinigung entgegenbringt, trotz dem sowjetischen Veto, das ihm Breschnew wie erinnerlich anläßlich seiner Rußlandreise brutal entgegensetzte. Er zweifel aber nicht daran, daß die Russen eines Tages die deutsche Wiedervereinigung begünstigen, nur daß sie sie dannzumal zu ihren Gunsten verwirklichen werden. Man erinnert sich daran, daß er vor ein paar Jahren, anläßlich einer Besuchsfahrt an den Ufern des Rheins, von 300 Offizieren des Generalstabs des Bundesheeres mit Applaus empfangen wurde, was nicht nach jedermanns Geschmack war. Bundeskanzler Adenauer, der in den Flitterwochen des deutsch-französischen Freundschaft-Vertrages auf eine eigene Atombewaffnung drängte, erhielt von ihm die zweideutige Antwort: «Nur keine Ungeduld. Sie kriegen sie schon noch eines Tages Ihre Bombe.»

Wird sich in ihm, der sich heute nach der Ruhe von Colombey-les-Deux-Eglises sehnt, am Rande jenes «gallischen Waldes», von wo aus man die «ruhm- und leidgetränkten» Ebenen der Champagne und Lothringens erblickt, wird sich in ihm die Überzeugung von der «Bedeutungslosigkeit aller Dinge» festigen? Bereits richtet er die französische Politik auf einen Neutralismus aus, der seine Umgebung überrascht hat. Frankreich, das im Lauf der Jahrhunderte so viele Kriege auf allen Kontinenten ausgefochten hat, ist des Kampfes überdrüssig. Ohne Zweifel kennt er die Worte Thiers', die Sainte-Beuve am 19. Dezember 1847 wiedergibt: «Thiers sagt, unsere Alte Welt habe ausgespielt, der Augenblick der großen Taten ist für das alte Europa vorüber, es hat ausgedient...

Es gibt nur mehr zwei junge Völker: Rußland und Amerika. Die Zukunft der Welt liegt dort, zwischen jenen beiden großen Welten.» Frankreich wird seinem Schicksal nicht entgehen, das heute eindeutig auf Pazifismus steht. Der Zusammenprall wird nicht zwischen Frankreich und Rußland stattfinden, wie man lange Zeit geglaubt hatte, sondern zwischen Rußland und China. So ist man dankbar, daß der General uns von der Furcht vor jenen Kriegen befreit hat, wie sie die Franzosen 1914 und 1940 und abermals 1945, 1946, 1947, 1948 an mehreren auswärtigen Fronten führten. Das ist die Schlußfolgerung, die mehr als einmal bei J. R. Tournoux durchschimmert, dem das Verdienst zukommt, die geheimen Gedanken de Gaulles mutig enthüllt zu haben.

Trotz dem bitteren Pessimismus, der einzelne seiner Äußerungen prägt, trotz dem Unbehagen, das sie einem zuweilen verursachen, erscheint General de Gaulle als eine in der Welt einzigartige Galionsfigur. Das ändert aber nichts daran, daß die Bündnisse, die er heute verschmäht, für Frankreich eine Notwendigkeit darstellen und daß man sie in Friedenszeiten schmieden muß, wenn man will, daß sie eines Tages im Krieg wirksam werden. Ein Netz solider Freundschaften ist für die Sicherheit des Landes daher unerläßlich — daran ändert auch die «force de frappe» nichts. Ob man es will oder nicht, Frankreich kann sich seinem Schicksal nicht entziehen, das mit jenem der Vereinigten Staaten solidarisch ist. Es vergißt nicht, daß es im Laufe zweier Weltkriege von den USA gerettet worden ist.

Die Arbeiten der Synode

Etwas völlig Neues hat sich in Rom ereignet, wo sich die Tore der Synode einen Spalt geöffnet haben, um einer Delegation von Laien Einlaß zu gewähren, die eingeladen worden sind, ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen und somit am aktiven Leben der Kirche teilzunehmen. Diese Veränderung des Klimas verdient hervorgehoben zu werden, denn man kann darin den Ansatz zu einer Neugestaltung der Beziehungen zwischen den Nachfolgern der Apostel und dem Volk der Getauften erblicken. Bedeutsam erscheint uns der Umstand, daß mehrere Synodalen nicht gezögert haben zu unterstreichen, daß die katholische Kirche auf den Ehegatten «mit allzu großem Druck lastet» und daß die gegenwärtigen, in manchen Fällen unanwendbaren Verordnungen der Sache des Glaubens nicht dienlich sind.

Der in Rom gleichzeitig mit der Synode abgehaltene Laienkongreß spiegelte seinerseits die großen politischen und moralischen Probleme wider, die heute in der Welt Gegenstand von Diskussionen bilden. Die Wortträger der Laienversammlung haben ihre Schlußmotion vor einer Delegation der Synodalen vorgelesen, die zu dieser Sitzung eingeladen worden waren. Das Faktum ist so ungewöhnlich, daß es verdient, jenseits aller übrigen Erwägungen festgehalten zu werden, denn zum erstenmal wurden in Rom Laien eingeladen, vor einer kirchlichen Versammlung ihre Anliegen zu vertreten und der Hierarchie ihre Ansicht über Fragen, die sie selber betreffen, mitzuteilen.

Die Debatten über das Mischehenproblem sind mit wachsendem Interesse fortgesetzt worden, doch ist es den Teilnehmern bisher nicht gelungen, sich zu verständigen. Weiterhin bleiben unter ihnen zwei Tendenzen bestehen, deren eine einer elastischeren Gestaltung des gegenwärtigen Kirchenrechts zuneigt (in erster Linie handelt es sich um die amerikanischen Bischöfe), während die andere für die Beibehaltung des *status quo* eintritt, was insbesondere bei den afrikanischen Bischöfen der Fall ist. Besondere Aufmerksamkeit erweckte im Laufe der Debatten über die Mischehen die Intervention des Bischofs von Carcassone, Mgr. Puech, der die französische Bischofskonferenz vertritt. Nach seiner Meinung ist es unerläßlich geworden, die Lage der Mischehen, die im Westen so zahlreich sind wie im Osten, zu verbessern. Man darf hoffen, daß die konsultierten Theologen sich dem Appell Mgr. Puechs nicht verschließen werden.

Hans-Rudi Weber ergreift das Wort

Hervorzuheben bleibt noch die bedeutungsvolle Erklärung, die Hans-Rudi Weber, der mutige Delegierte des Ökumenischen Rates der protestantischen Kirchen, am Laienkongreß abgab: er hat in die durch die Kongreßdebatten ein wenig überhitzte Stimmung wieder Ordnung gebracht. Von der Notwendigkeit überzeugt, daß jede der christlichen Kirchen sich heute erneuern muß, hat Hans-Rudi Weber betont, daß es ein Fehler wäre, die Unterschiede, welche die verschiedenen Konfessionen trennen, zu ignorieren; gleichzeitig hat er aber aus der «Realität der gemeinsamen Taufe» jene fundamentalen Folgerungen gezogen, die den Weg zur wechselseitigen Gemeinschaft frei machen. Es sei uns gestattet, eine Parallele zwischen diesen Folgerungen und dem meisterhaften Exposé von Mgr. Edelby, dem Berater des Patriarchen von Antiochien, Kardinal Maximos IV., aufzuweisen. Wie man sich erinnern wird, sind mehrere Interventionen Mgr. Edelbys am Konzil stark beachtet worden. Nun hat er erklärt:

«Die gegenwärtige Praxis spiegelt die Haltung der mittelalterlichen Kirche wider, die immer bereit war, sich gegen Häretiker zu verteidigen; doch die Mischehen dürfen nicht immer und überall als ein Übel angesehen werden. Wenn sie gewisse Gefahren in sich bergen, so muß man geeignete Maßnahmen ergreifen, um diesen Gefahren zu begegnen; schließt man aber die Türe, so können die Katholiken nicht mehr heraus und die Nichtkatholiken nicht mehr hinein. Eine ins einzelne gehende, universale Disziplin ist also auf einem so komplexen und heiklen Gebiet fehl am Platz».

«Man darf vom nichtkatholischen Teil nichts verlangen, was seinem Gewissen zuwiderläuft, denn das wäre unmoralisch. Die Kinder gehören nicht einem Ehegatten mehr als dem andern: sie gehören beiden. Die Eltern müssen also untereinander eine gerechte Lösung finden, die von beiden Kirchen akzeptiert werden kann.»

Mgr. Kue (China) hat diesen eindeutig ökumenischen Gedankengang noch einen Schritt weitergeführt und den Kern der Frage berührt:

«Das kanonische Hindernis, so hat er gesagt, sollte abgeschafft werden, denn der Glaube ist in einer Ehe mit einem Atheisten oder einem öffentlichen Sünder mehr gefährdet als in jener mit einem Christgläubigen, selbst wenn dieser nicht Katholik oder nicht getauft ist.»

Dieses Zeugnis christlicher Liebe, welches das Wesentliche hervorhebt, ist von den Synodalen sehr gut aufgenommen worden. Es bildet ein Echo auf die Worte des Bischofs von Carcassonne, der am Vortag vorgeschlagen hatte, es sollten Pastoralkonferenzen einberufen werden, in deren Verlauf katholische und protestantische Seelsorger einen Dialog anbahnen würden.

Athenagoras in Rom

Als Athenagoras I., Patriarch von Konstantinopel, Ehrenprimas aller orthodoxen Kirchen, dessen Rechtsprechung sich über die orthodoxen Diözesen Nord- und Südamerikas, Ost- und Westeuropas erstreckt, am Donnerstag, dem 26. Oktober, in die Peterskirche einzog, nachdem er zuvor Paul VI. umarmt hatte, löschte er damit neun Jahrhunderte Streitigkeiten und historische Mißverständnisse aus. Indem er das Mittelmeer überquert hat, um in Rom den Papst zu umarmen, hat der illustre Greis, dem der faszinierende Zauber der Ikonen anhaftet, anscheinend dem ersten der Apostel seine Reverenz erweisen wollen, jenem Apostel, dessen Grab sich aller Wahrscheinlichkeit nach (gewisse Historiker erheben hier allerdings Einwände) in den Fundamenten der antiken römischen Basilika, unter dem Petersplatz, befindet.

Es ist kein Zufall, wenn dieser Besuch mit einer Synode zusammenfällt, der ersten in der katholischen Kirche der Moderne, die seit einem Monat zweihundert von den Bischofskonferenzen der ganzen Welt entsandte Väter im Vatikan vereint. Ein solches Zusammentreffen wird in der

Christenheit nicht unbemerkt bleiben: der Besuch Athenagoras' findet genau in dem Augenblick statt, da die den Orthodoxen so vertraute Institution der Synode in Rom zu neuem Leben erweckt wird.

Das Projekt einer Konzelebration des Patriarchen des Orients und des Patriarchen des Okzidents in der Peterskirche ist infolge gewisser Schwierigkeiten in der Ausführung aufgegeben worden. Das Interesse hat sich daher auf die Bußgebete konzentriert, die von Paul VI. und Athenagoras in gemeinsamem Einverständnis gesprochen wurden «für die historischen Fehler, welche beide Seiten gegen die Wahrheit und die Liebe begangen haben». Man erinnert sich, daß Johannes XXIII. sich bei der Eröffnung des Konzils ebendieser Formel bedient hatte (Johannes XXIII. hatte ausdrücklich erklärt: «Man muß den historischen Rivalitäten ein Ende setzen, die Verantwortung ist geteilt.») Es ist nur billig, dies heute in Erinnerung zu rufen.

In Begleitung hoher Würdenträger der griechischen Kirche hat sich Athenagoras I. aus Rom kommend zunächst nach Zürich und dann nach Genf begeben, wo er vom Ökumenischen Rat der protestantischen Kirchen empfangen worden ist. Bei diesem Besuch ließ sich der Patriarch nicht nur vom aufrichtigen Wunsch bewegen, die Einheit der Christen zu bekunden, sondern er verfolgte damit auch ein sehr präzises politisches Ziel, das beim Generalsekretär der Genfer Organisation ein positives Echo ausgelöst hat.

In seiner Ansprache hat sich Athenagoras nicht gescheut, die Dinge beim Namen zu nennen. Er hat zuerst hervorgehoben, daß heute, in Anbetracht des chaotischen Zustandes unserer Welt und der Gefahren, die sie bedrohen, keine christliche Kirche mehr in der Isolierung verharren kann. In der Überzeugung, daß in Rom eine neue Ära angebrochen ist und daß sich unter den Getauften eine aufrichtige Zusammenarbeit angebahnt hat, unterstrich er, daß sein Patriarchat ein glühender Vorkämpfer des ökumenischen Gedankens bleibe, mit dem Ziel, die christliche Einheit zu fördern. Aus diesem Grund, fügte er hinzu, wird es das Patriarchat von Konstantinopel nicht versäumen, die Beziehungen mit den Mitgliedkirchen des Ökumenischen Rates zu ermutigen und zu pflegen, insbesondere mit den anglikanischen, der altkatholischen, der post-chalzedonischen und der lutheranischen Kirche. Dieser entschlossene Wille zur Fortsetzung des Dialogs ist von allen Anwesenden sehr geschätzt worden.

Jean de Saint-Chamant

POLARITÄT IN DER EINHEIT

Nach Schloß Elmau in Oberbayern, abseits städtischer Hast, hat dieses Jahr die Stuttgarter Gemeinschaft *Arzt und Seelsorger* zu ihrer internationalen Arbeitstagung *Abendländische Therapie und östliche Weisheit* eingeladen. Der äußere Rahmen schuf die Voraussetzung für Ruhe, Versenkung, innere und äußere Geschlossenheit, die ein solches Thema verlangt.

Professor Dr. *Wilhelm Bitter*, Stuttgart, war wiederum Initiator und Organisator der Tagung. Ihr Thema lag ihm seit vielen Jahren am Herzen, und es ist ihm gelungen, eine große Zahl von Vortragenden aus dem ärztlichen und dem seelsorgerischen Leben über Tausende von Kilometern herbeizuholen, Persönlichkeiten, die selbst seit vielen Jahren in den Spannungsbögen, der Polarität der östlichen und westlichen Welt leben.

Prof. Graf *Dürkheim*, bekannter Interpret östlicher Erfahrungen in der Ausübung abendländischer Therapie, umriß als Aufgabe westlicher Therapie, den Schatten, das heißt die andere Welt, sichtbar zu machen, sie zu begreifen und zu integrieren. Diese andere Welt aber sei für den westlichen Geist der östliche. Diese Begegnung würde fruchtbar in dem Maße, als darunter nicht zwei geographisch und machtpolitisch getrennte Welten verstanden werden, sondern

zwei Seiten in uns selbst. Ost und West begegneten sich in jedem von uns, wie das Männliche und das Weibliche. Sie verhalten sich zueinander wie Ausatmen und Einatmen. Sie gehören zur Ganzheit des Lebens wie Yin und Yang.

Yin und Yang, die Vorstellung des altchinesischen Tao (Weg), einer 3000 Jahre alten Weisheitslehre, schließen polare Gegensätze in der Einheit zusammen. Ihr Sinnbild ist der Kreis, die Ellipse, die Spirale. Yin und Yang sind keine Gegensätze, keine Dualismen. Es sind zwei Punkte einer Einheit. Professor *Hsiao* aus Freiburg, chinesischer Herkunft und Ausbildung, seit 30 Jahren in Deutschland lehrend und lebend, Neurologe und Therapeut, führte anhand bildhafter chinesischer Schriftzeichen in die Welt des I Ging, des chinesischen Weisheitsbuches ein.

Das chinesische Denken ist ein ganzheitliches Denken, das nicht nur die Philosophie, die Medizin, sondern das ganze Leben und die Geschichte Chinas beherrscht, wenn es auch heute gewisse Erschütterungen erfährt. Es steht dem aristotelischen Denken des Abendlandes ergänzend gegenüber. Dieses Denken bedient sich des mittelbaren Erkennens in Begriffen und der Schlußformlehre (Syllogismus) und befindet sich heute ebenfalls in einer Krise. Wissenschaftler beider Seiten sollten eine intensivere Zusammenarbeit ermöglichen.

Yin und Yang stellt auch eines der drei Grundprinzipien der chinesischen Medizinlehre dar, die von Dr. med. *Heribert Schmidt*, Stuttgart, interpretiert wurde. Er hat sie im Osten studiert und übt die Disziplin der Akupunktur aus, die auch Gegenstand wissenschaftlicher Forschung im Westen geworden ist. (Es gibt 3000 Ärzte für Akupunktur in Frankreich und 200 in Deutschland.)

Die chinesische Medizinlehre ist eine Ganzheitsmedizin; ihr liegen die drei Lehren der chinesischen Naturphilosophie zugrunde: Das *Tao* als nie abreißender Prozeß des Werdens. Die Menschen, die gegen die kosmologische Ordnung des Universums verstoßen, «fallen aus der Ordnung» und erkranken. Der höhere Sinn dieser priesterärztlichen Behandlung ist ein frühzeitiges Erkennen und Vorbeugen von Krankheiten und nicht, wie im Westen, Behandlung der Symptome nach einer Erkrankung. Die zweite Lehre gipfelt in der Erreichung der *Harmonie der polaren Gegensätze* in der Einheit. Oder — anders ausgedrückt: beim Kranken ist das Zusammenspiel der Kräfte gestört und die Spannungsverhältnisse müssen wieder ins rechte Gleichgewicht gebracht werden. Die dritte Lehre von der *Entsprechung* oder den *fünf Elementen* umfaßt viel empirisches Material. Den fünf Elementen sind fünf Organe, fünf Farben, fünf Zahlen im Uhrzeigersinn in einem Fünfeck zugeordnet. Sie fußen auf uralten Mandalas, Symbole der Ganzheit, der kosmologischen Ordnung.

Bis in die ursprünglich gemeinsame Grundlage der über 5000 Jahre alten eurasischen Kultur vor ihrer Zersplitterung und Aufspaltung in verschiedene Wege ging Pater Dr. *von Corvin-Krasinski* und gab gleichzeitig einen Ausblick in noch unbekannte Zukunft. Er hat viele Jahre in Tibet gelebt und das tibetisch-lamaistische Menschenbild in seiner horizontalen und vertikal dreistufigen Darstellung aufgezeichnet. Die religiös bestimmte tibetische Anthropologie habe sich in der Abgeschlossenheit des «Dachs der Welt» rein erhalten und erst nach der Austreibung der Tibeter 1950 und der Aufnahme ihres Priesterkönigs und seiner Mönche im nördlichen Indien für Westen und Osten offenbart. Dieser Lehre von der dreiheitlichen Gliederung, in Idee, Kraft, Substanz, in Geist, Leben und Materie, sind in der somatischen Sphäre Organe zugeordnet, die sich — ohne daß westliche naturwissenschaftliche Methoden bekannt sind — nach der modernen Biologie aus Ecto-, Meso- und Endoderm entwickelt haben.

Ihre Ergänzung fand die gesamte lamaistische Diagnostik, Therapeutik und Pharmazeutik durch einen nicht vorgesehenen Bericht von Frau Dr. *v. Fink*. Sie war nach einem Studium der Medizin und Neurologie 15 Jahre in Nepal unter tibetanischen Flüchtlingen in der Medizinschule der Lamas und bekam einen großen Einblick in

die tibetanische Krankenheilkunde, hat tibetische Medizinbücher, gemeinsam mit Lamas, übersetzt und selbst erfahren, welch gewaltige Macht die tibetische Meditation (Yoga) ist. Das analytische westliche Denken ist dem Osten fremd. Für ihn ist der Mensch ein Spiegel des Makrokosmos, und seine Erkrankung erfolgt durch Störung, seine Heilung durch Wiederherstellung des Gleichgewichts. Eine Begegnung zwischen Ost und West sei möglich und fruchtbar, wenn der eigene Standpunkt tief gegründet ist.

Als lebendiges Beispiel einer geglückten Begegnung, um nicht zu sagen Integration, von Ost und West sprach Pater H. M. *Enomiya-Lassalle* S. J., Hiroshima/Japan, über den Erleuchtungsweg des Zen-Buddhismus und christliche Mystik und führte in Zen-Meditationen ein. Er lebt seit über 30 Jahren in Japan und hat den Erleuchtungsweg des Zen-Buddhismus selbst erlebt. Dieses Erlebnis ist nur wirklich, wenn es die ethische Umwandlung des Menschen bewirkt. Leben und Lehre muß übereinstimmen: Kleidung, Wohnung, Essen in den Zen-Klöstern ist karg. Eine bestimmte innere und äußere Körperhaltung wird geübt, dazu richtiges Atmen, Konzentration und Schaffung einer inneren Leere. Ziel ist die Erleuchtung, das Satori. Intuitive Menschen, Frauen und Landleute, erreichen sie leichter als rationale Menschen und Städter. Die Gefahren dieses Übungsweges sind Alpträume, Bilder, Stimmen, die aus dem Unbewußten auftreten. Das Satori-Erlebnis macht frei von Zweifel, Furcht, gibt Sammlung, Freude und hebt Gegensätze auf. Es schafft eine Einheit mit dem Kosmos, jenseits von Gut und Böse.

Nach Pater *Lassalle* hat das Za-Zen im Grundverhalten viel gemein mit der christlichen Mystik. Doch ist die christliche Mystik auf Gott als Betrachtungsgegenstand ausgerichtet, und die Körperhaltung spielt nicht die gleiche Rolle. Doch die «Wolke des Nichtwissens» fällt methodisch mit Za-Zen zusammen und Meister Eckarts (der in Japan sehr bekannt ist) «Lassen von Allem» und «Einswerden mit dem göttlichen Grund» hat Parallelen. Die Ostkirche mit ihrer starken Mystik und der Technik des Jesus-Gebetes ist im christlichen Bereich eine große Brücke zu den Religionen Asiens.

Während der Tagung fanden Übungen (Einweisung = Initiation) statt. Graf Dürkheim vermittelte einem großen Kreis Zen-Meditationen, Dr. Isbert Yoga-Übungen, während Prof. Dr. *I. H. Schultz*, Berlin, sein weltbekanntes autogenes Training interpretierte. In der Diskussion über die verschiedenen Methoden wurde das autogene Training als eine Art Selbsthypnose bezeichnet, das den westlichen Menschen erst zur Konzentration, Selbstregulierung und -gestaltung verhilft. Autogenes Training ist, vom Arzt aus gesehen, eine *Seelen-Heilkunde*. Ein kranker Mensch, besonders ein seelisch kranker Mensch, kann sie nicht ausüben. Wenn die westliche Chemie den Menschen befähigt, seine Fehlhaltungen schmerzlos beizubehalten, so hilft die östliche Meditation dem kleinen Ich zurückzutreten, damit das große Atman, das Selbst, hervortreten kann.

Wie weit eine gegenseitige Durchdringung östlichen und westlichen Wissens und Geistes heute schon möglich ist, zeigten die Vorträge von Frau Dr. *Hoch* und Herrn Prof. *Vasavada* und zugleich die Vortragenden selbst.

Frau Prof. Hoch, Ärztin und Neurologin, ist Nachkomme zweier Generationen deutscher Missionare in Indien. Ihr Bericht über Angst, Leid und Verwirrung in den alten indischen Schriften und ihre Bedeutung für die Entstehung von Krankheiten zeigt viele grundlegende Zusammenhänge und heilsame therapeutische Verbindungen östlicher und westlicher Betrachtungsweise. Prof. Vasavada, Leiter der psychologischen Abteilung der Universität Jodphur, hat nach einer Ausbildung in Indien viele Jahre bei *C. G. Jung* studiert. Er bekannte mit großem Temperament, daß C. G. Jung im Westen mit den Wissenschaftlern und Theologen rechnete und in deren Sprache redete, jedoch seine Erfahrungen religiöser Art nicht in westlicher Sprache zum Ausdruck bringen konnte, weil sie durch die westliche wissenschaftliche Methode nicht faßbar seien. Im Osten wäre ihm die Rolle

eines Gurus (Meister) zugekommen. Der Guru habe die Ganzheitserfahrung und kenne die Mysterien. Im Westen wäre er immer ein Außenseiter geblieben.

Daß C. G. Jung in seinen letzten Jahren zu tieferen Sinnzusammenhängen auch auf westliche Weise vordrang, stellte Frau Dr. *v. Franz*, Zürich, in einer fast genial zu nennenden Darstellung der «Symbole des Unus Mundus» dar. Jung faßt diesen Begriff empirisch auf durch Beobachtung von Sinn-Zusammenfallungen und nannte sie Synchronizität. Diese liegt als Idee der alten chinesischen Weltauffassung zugrunde. C. G. Jung hatte die Vermutung, daß der Archetypus der Zahlen mit dem Synchronizitätsprinzip verbunden sein könnte und daß die Zahlen als Urelement des Geistes die Anordner der physikalischen und psychischen Energie seien. Eine energetische Zahlauffassung aber setzt die Beziehung von Zahl und Zeit in ein neues Licht. Sie stimmt mit der ältesten chinesischen Zahlentheorie überein und bahnt neue Beziehungen von Tiefenpsychologie und Mikrophysik an; wie auch der französische Physiker *Costa de Beauregard* behauptet (ohne Jung zu kennen), das Unbewußte sei coextensiv mit seinem kosmischen Weltmodell.

Trotz dieser «Ausblicke» waren manche Teilnehmer der Meinung, daß zu viel von östlicher Weisheit und zu wenig von westlicher Therapie gesprochen wurde. Da die Teilnehmer selbst jedoch fast ausschließlich aus der westlichen Therapie und deren Erfahrung kamen und die Tagung räumlich im Westen stattfand, war die Vermittlung der östlichen Weisheit vom Standpunkt des Gleichgewichts, der Entsprechung und der Harmonie des Ganzen zu vertreten.

Die Zusammenführung beider Welten, die wohl als Denkmodell (Prof. Dr. *O. Wolff*) dargestellt, aber in ihrem seelisch-geistigen Hintergrund erst angedeutet werden können, steht noch am Anfang. Doch Wegzeiger wurden aufgestellt. Der Westen sei aufgeschlossener als der Osten für die zusammenführende Wahrheit. «Der Osten ist zum Dialog noch nicht reif», wurde immer wieder gesagt. Der Westen hat auch die größere Verpflichtung und Verantwortung hierzu, denn er hat seine Welt, seine Zivilisation, Wissenschaftsgläubigkeit und Technik in den Osten hineingetragen und dessen Millionenmassen aufgerührt. Er hat den östlichen Menschen zum Teil aus Sippe, Kaste, Tätigkeit herausgelöst und zum «Einzelnen» gemacht. Er muß nun seinen «Schatten», die andere Seite annehmen, aus dem Dualismus heraus und zur Erkenntnis der Ergänzung und der Polarität in der Einheit kommen.

Vielleicht kann diese Tagung in all ihren Teilnehmern — Ärzten, Therapeuten, Seelsorgern, Pädagogen — eine Keimzelle darstellen und ihre Erfahrungen im seelisch-geistigen Bereich an die Seite weltumspannender naturwissenschaftlicher Erkenntnisse und technischer Bewältigung stellen.

Lore Hundsdörfer-Bauer